

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

Per E-Mail an tarife@e-control.at

Name/Durchwahl: Plimon/803050, Ennser/803009
Geschäftszahl (GZ): BMWFW-551.100/0065-III/1/2017
Bei Antwort bitte GZ anführen.

- **Energie - Logistik; leitungsgebundene Energien
Begutachtungsentwurf zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018**

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) dankt für die Übermittlung des Entwurfs der Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 und nimmt zu zwei Aspekten des Vorschlags wie nachstehend ausgeführt Stellung.

**§ 11 Abs. 1 Z 5 - Sonstiges Entgelt für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen
gem. § 16a ElWOG 2010**

- Grundsätzlich können wir hier die Verordnung eines sonstigen Entgelts mit dem Ziel, unerwünschte Sozialisierungseffekte zu vermeiden, nachvollziehen. Im Entwurf wird allerdings gleich eine dreifache Kostenbelastung für Teilnehmer an einer gemeinschaftlichen Erzeugungsanlage vorgeschlagen, nämlich bei der erstmaligen Einrichtung, bei jeder Änderung des Aufteilungsschlüssels und zusätzlich für die laufende Verrechnung im Viertelstundenraster - jeweils für jeden betroffenen Zählpunkt. Fraglich erscheint hier insbesondere, ob jede Änderung des Aufteilungsschlüssels tatsächlich mit solchen Kosten verbunden ist, die ein Entgelt von € 20,- pro Zählpunkt rechtfertigen. Die Intention des Gesetzgebers lag sicherlich darin, dynamische Zuordnungsmodelle zu ermöglichen, um eine bestmögliche Nutzung der Erzeugungsmenge zum Eigenverbrauch zu gewährleisten. Im Falle einer einmal eingerichteten standardisierten elektronischen Kommunikation mit dem Netzbetreiber wäre aus unserer Sicht auch bei dynamischen Modellen zu erwarten, dass sich der zusätzliche Aufwand auf Seiten des Netzbetreibers in Grenzen hält.

Da die Rechtsgrundlage für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen erst am 1. August 2017 in Kraft getreten ist, dürften auch noch kaum tatsächlich angefallene Kosten vorliegen. Vor diesem Hintergrund regen wir an, die der Entgeltermittlung zugrundeliegende Kostenbasis in Bezug auf allfällige Zusatzkosten infolge der Einführung gemeinschaftlicher Erzeugungsanlagen anhand von realen Kosten zu erheben und vorläufig keine neuen Entgelte oder allenfalls einen geringen Pauschalbetrag an sonstigen Entgelten festzusetzen.

Netzdienliche Forschungsprojekte („regulatory sandbox“)

In § 2 Abs. 1 Z 3 des Bundesgesetzes, mit dem zusätzliche Mittel aus dem von der Energie-Control Austria verwalteten Sondervermögen bereit gestellt werden, BGBl. I Nr. 108/2017, hat der Gesetzgeber den Auftrag erteilt, 5 Millionen Euro für Forschungsförderungen unter anderem für Speicher- und Energieeffizienztechnologien zu verwenden.

Zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags hat das BMWFW in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) ein Konzept für netzdienliche Forschungsprojekte erarbeitet. Dessen Schwerpunkt soll darin bestehen, regulatorische Herausforderungen beim Einsatz innovativer Lösungen (Speicher etc.) zur netzdienlichen Bewirtschaftung von Speichern und intelligenten Laststeuerung aufzuzeigen. Um auch die Anwendung dieser innovativen Lösungen - dem Zweck und Rahmen der Förderung entsprechend - erforschen zu können, schlagen wir vor, dafür bei der Festsetzung von Systemnutzungsentgelten einen regulatorischen Freiraum nach folgenden Grundsätzen einzurichten:

- Förderung der Forschung an innovativen Lösungen zur netzdienlichen Bewirtschaftung von Speichern sowie der Anwendung intelligenter Laststeuerungsmaßnahmen
- Beschränkte und befristete Ermäßigung von Entgeltkomponenten (§§ 5 bis 11 SNE-VO) für beteiligte Netzbenutzer
- Mittelverwendung aus dem Sondervermögen der E-Control für Forschungsprojekte, die mit dem Aufgabenbereich der E-Control zusammenhängen

- Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und Quersubventionen durch eine zeitliche Befristung (24 Monate) sowie eine sachliche Beschränkung (1000 Zählpunkte)
- Anzeigepflicht des Projektträgers an die Regulierungsbehörde

Müssten im Zuge des genannten Forschungsprogramms die Systemnutzungsentgelte aus dem Projektbudget beglichen werden, um den erforderlichen Freiraum („regulatory sandbox“) zu schaffen, würden diese bereits einen Großteil des eigentlichen Forschungsbudgets in Anspruch nehmen. Für den eigentlichen Forschungszweck würden sich die dann zur Verfügung stehenden Mittel erheblich reduzieren.

In rechtlicher Hinsicht ist anzumerken, dass bei der Festlegung von Systemnutzungsentgelten unter anderem dem Grundsatz der Verursachungsgerechtigkeit zu entsprechen ist; außerdem ist zu gewährleisten, dass elektrische Energie effizient genutzt wird und das Volumen verteilter oder übertragener elektrischer Energie nicht unnötig erhöht wird (§ 51 Abs. 1 ElWOG 2010). Vor diesem Hintergrund sieht etwa § 4 Abs. 1 Z 8 SNE-VO ein reduziertes Netznutzungsentgelt für bestehende Pumpspeicherkraftwerke vor; zudem wird mit § 4 Abs. 1 Z 9 SNE-VO ein reduziertes Netznutzungsentgelt (in gleicher Höhe) für die Erbringer von Regelreserve verordnet. In beiden Fällen wird netzdienliches Verhalten im Wege einer Entgeltreduktion belohnt.

Analog dazu soll der vorliegende Vorschlag dazu beitragen, netzdienliches Verhalten von Netzbenutzern unter Anwendung innovativer Lösungen zu erforschen. Dafür soll diesen Netzbenutzern eine Ermäßigung der Entgeltpflicht gewährt werden.

Um den Informationsfluss zur Regulierungsbehörde zu gewährleisten, würde diese auch in die Abwicklung der Forschungsförderung eingebunden werden.

In der Neufassung der SNE-VO könnte eine entsprechende Bestimmung wie folgt lauten:

„Pilot- und Forschungsprojekte

§ 12a. Nach vorhergehender Anzeige an die Regulierungsbehörde beträgt für Entnehmer und/oder Einspeiser, die an einem im Rahmen des § 2 Abs. 1 Z 3 des Bundesgesetzes, mit dem zusätzliche Mittel aus dem von der Energie-Control

Austria verwalteten Sondervermögen bereit gestellt werden, BGBl. I Nr. 108/2017, geförderten Pilot- oder Forschungsprojekt zur netzdienlichen Bewirtschaftung von Speichern sowie zur Anwendung intelligenter Laststeuerungsmaßnahmen teilnehmen, das zu entrichtende Entgelt jeweils die Hälfte des in §§ 5 bis 11 angeführten Entgelts. Eine Reduktion des Entgelts im Sinne dieser Bestimmung kann jeweils über einen Zeitraum von höchstens 24 Monaten für bis zu 1000 Zählpunkte erfolgen. Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sind die im Rahmen eines solchen Pilot- oder Forschungsprojektes gewonnen Ergebnisse zur Verfügung zu stellen.“

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Vorschläge und stehen jederzeit für Rückfragen zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, am 21.11.2017

Für den Bundesminister:

Mag.Dr.rer.soc.oec. Michael Losch